

E-Mail-Newsletter

Nr. 165, 11. April 2011

ca. monatlich | nächster Redaktionsschluss: 3. Mai

Übersicht über die Inhalte des Newsletters:

- **1. FLÜCHTLINGSARBEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG**
Neues vom Flüchtlingsrat / Berichte aus den Regionen / Pressedoku / sonstige Informationen
- **2. THEMEN & INFORMATIONEN**
Informationen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik BaWü / BRD / EU
- **3. AKTUELLE TERMINE**
Lokale und landesweite Veranstaltungen und Aktionen / Überregionale Tagungen etc.

Die schlechte Nachricht zuerst: Diese Woche war wieder mal eine schlechte Woche für den internationalen Flüchtlingsschutz: Der neue deutsche Innenminister Friedrich (CSU) räsonierte am Rande des EU-Innenministertreffens über die Einführung von Kontrollen gegen Flüchtlinge an den deutschen Grenzen, wie von Frankreich bereits seit einigen Tagen praktiziert. Grund ist der neue Umgang Italiens mit den Flüchtlingen aus Libyen und Tunesien, die in den letzten Wochen auf der Insel Lampedusa ankamen. Nachdem Italien zunächst keine Verteilungen zuließ, um das Bild des Flüchtlingsstroms und des "menschlichen Tsunamis" (Berlusconi) entstehen zu lassen, wurde nun die Insel innerhalb weniger Tage geräumt, die Flüchtlinge als "Härtefälle" deklariert und mit Pässen ausgestattet, mit denen sie in andere EU-Länder ausreisen können. Doch anstatt innereuropäische Solidarität zu üben und Flüchtlinge aufzunehmen, wie von der EU-Kommission vorgeschlagen, reagieren auch Frankreich und Deutschland mit neuer Abschottung. Italien wird dazu aufgefordert, mit den Flüchtlingen selbst fertig zu werden. Was das heißt, ist klar: Ab jetzt sollen die Grenzen incl. Lampedusa wieder ganz dicht gemacht werden. Unter diesen Vorzeichen kann die Zusage des deutschen Innenministers vom 8. April, 100 Flüchtlinge aus Malta zu übernehmen, nur als politisches Feigenblatt angesehen werden.

Und nun die bessere Nachricht: Das Ergebnis der Landtagswahl vom 26. März ist ermutigend. Der Flüchtlingsrat gratuliert Bündnis 90 / Die Grünen und SPD zum Wahlsieg! Von der neuen Regierung sind nicht zuletzt auch Verbesserungen beim Umgang mit Flüchtlingen zu erwarten. Doch auch diese neue Regierung wird keine Geschenke verteilen. Mit der größeren Chance auf Veränderung wird das zivilgesellschaftliche Engagement nicht überflüssig, sondern wichtiger denn je. Deswegen hieß das Motto des Flüchtlingsrats-Plenums vom 26. März: Vor der Wahl UND nach der Wahl: Für die Rechte von Flüchtlingen in Baden-Württemberg! In diesem Sinne hat sich der Flüchtlingsrat am 5. April mit einem aktuellen Positionspapier an die Koalitionäre von Grünen und SPD gewandt. In diesem Sinne setzen wir die Aktivitäten im Rahmen unserer Kampagne "**gemeinsam**" fort. In diesem Sinne hoffen wir auf Ihre aktive Beteiligung!

Und in diesem Sinne: Viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters
Vorstand und Geschäftsstelle

1. FLÜCHTLINGSARBEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Auch Flüchtlingspolitik auf der Agenda der neuen Landesregierung

Im Rahmen der aktuellen Koalitionsverhandlungen für das Regierungsprogramm von Grünen und SPD in Baden-Württemberg werden auch Veränderungen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik diskutiert. Der Flüchtlingsrat hat hierfür eine Stellungnahme verfasst und an die Verhandlungskommissionen der Regierungsparteien gegeben.

- 5.4.2011 Flüchtlingsrat BW: [Stellungnahme zur Asyl- und Flüchtlingspolitik in Baden-Württemberg \[pdf 110 kb\]](#) für die Verhandlungskommissionen von Grünen und SPD. Diese Stellungnahme ergänzt und erweitert die in unserem [Positionspapier zur Landtagswahl 2011 \[pdf 461 kb\]](#) vorgetragenen

Inhalte und Forderungen.

- 10.3.11 Bereits Anfang März nahm Winfried Kretschmann, der damalige Spitzenkandidat von Bündnis 90/ Die Grünen und demnächst neuer Ministerpräsident von Baden-Württemberg, ausführlich Stellung zum Positionspapier des Flüchtlingsrats zur Landtagswahl. Er schrieb, dass er die Positionen des Flüchtlingsrats **"vollumfänglich"** unterstützt und stellte entsprechende Initiativen der Grünen in Aussicht. Hier zum Wortlaut des Briefs [\[PDF 55 kb\]](#)

gemeinsam für die Rechte von Flüchtlingen in Baden-Württemberg - Kampagne des Flüchtlingsrats wird fortgesetzt!

Aufruf und Positionspapier: Den **Aufruf** zur Kampagne mit sieben zentralen Forderungen zur Flüchtlingspolitik in Baden-Württemberg haben bis jetzt knapp 200 Personen unterschrieben, darunter auch einige prominente Personen wie ver.di Chef Frank Bsirske. Der neue Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat am 10. März die **"vollumfängliche"** Unterstützung der Landes-Grünen zu unseren Positionen erklärt. Doch das ist uns noch zu wenig. Deswegen rufen wir auf: Sammeln Sie (weiter) Unterschriften! Nach dem Wahlerfolg von Rot und Grün macht es jetzt erst recht einen Unterschied, ob 200, 2.000 oder 20.000 Menschen die Forderungen des Flüchtlingsrats unterstützen. Gedruckte Exemplare können Sie über unsere [Materialbestellseite](#) bestellen.

Lokale Aktionen: Nach der Heinz-Ratz-Tour (siehe extra Bericht) stehen nun im Rahmen der Kampagne öffentlichkeitswirksame Veranstaltung vor Ort an. Auf unserer Kampagnen-Webseite finden Sie eine Übersicht über die geplanten [Aktionen vor Ort](#) (s.auch Termine)

Musterverfahren gegen die verfassungswidrigen Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes: Im Rahmen der Kampagne **gemeinsam** soll es Flüchtlingen möglich gemacht werden, sich auf der rechtlichen Ebene gegen die diskriminierenden "Leistungen" des AsylbLG zu wehren. Alle Informationen hierzu, insbesondere die von Rechtsanwälten erarbeiteten Vorlagen für Anträge, Widersprüche und Klagen finden Sie auf unserer Internetseite. In der Rhein-Neckar-Zeitung erschien am 3. März ein ausführlicher Artikel über bereits erfolgte Klagen in Heidelberg.

Unterwegs für eine menschliche Flüchtlingspolitik

Der Liedermacher Heinz Ratz tourte durch Baden-Württemberg - begleitet vom Flüchtlingsrat und lokalen Initiativen

Seit dem 6. Januar tourte der Liedermacher Heinz Ratz mit dem Rad durch Deutschland. Mit seiner Band „Strom & Wasser“ besuchte er Flüchtlingslager und informierte bei Pressekonferenzen über die Situation der dort lebenden Flüchtlinge. Während der 70 Konzerte in Kulturzentren wurden Spenden für die Arbeit von PRO ASYL, die Flüchtlingsräte und Initiativen vor Ort gesammelt. Vom 25. März bis 2. April machte Heinz Ratz an acht Orten in Baden-Württemberg Station, begleitet von einem Team des Flüchtlingsrats, das mit einem Info-Bus mitfuhr und die lokalen Aktivitäten mit organisierte und unterstützte. An allen Tour-Orten gab es unterschiedliche Aktivitäten wie Fahrrademos, Pressekonferenzen sowie Besuche und Gespräche mit Flüchtlingen in den lokalen Unterkünften - und nicht zuletzt die Konzerte in den Kulturzentren. Hier finden Sie einen [ausführlichen Bericht über die Stationen in Baden-Württemberg](#).

"Flüchtlinge haben eine Stimme"

Über 100 Flüchtlinge aus ca. 15 Landkreisen Baden-Württembergs trafen sich am 12. März zu einer Konferenz im DGB-Haus in Stuttgart. Neben der Möglichkeit der Begegnung und dem Erfahrungsaustausch standen die Themen Lagerunterbringung, Esspakete, Residenzpflicht und Abschiebungen im Mittelpunkt der Diskussionen. Der Flüchtlingsrat unterstützte diese Konferenz durch Bereitstellung des organisatorischen Rahmens. Die Rosa-Luxemburg Stiftung und der ver.di-Migrationsausschuss leisteten finanzielle Beiträge. Einige Ausländerbehörden machten den Flüchtlingen Schwierigkeiten wegen der Residenzpflicht. Obwohl alle Angemeldeten eine extra Einladung durch den Flüchtlingsrat mit Teilnahmebestätigung zur Vorlage bei der Ausländerbehörde erhielten, haben Tuttlingen und Villingen-Schwenningen eine Verlassenserlaubnis verweigert. In einer Pressemitteilung vom 11. März protestierte der Flüchtlingsrat gegen das willkürliche Verhalten des Landratsamts Tuttlingen. Andere Ausländerbehörden verzichteten demgegenüber nach Intervention des Flüchtlingsrats auf die sonst übliche Gebührenerhebung, so Heilbronn und Mannheim.

Flüchtlingsrat BW: Neuer Vorstand bei Mitgliederversammlung gewählt

Bei der Jahres-Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats am 26. März wurde auch ein neuer Vorstand gewählt. Die 1.Vorsitzende Angelika von Loeper wurde durch die anwesenden Mitglieder einstimmig für eine weitere zweijährige Amtszeit wiedergewählt. In den erweiterten Sprecherrat (bis zu acht Personen) wurden wiedergewählt: Helga Groz (Aalen), Vera Kohlmeyer-Kaiser (Aalen), Manfred Weidmann (Tübingen), Ines Fischer (Mengen), Ulrike Duchrow (Heidelberg). Neu in den Sprecherrat wurden gewählt: Dr. Manfred Budzinski (Bad Boll) und Martin Fink (Tübingen). Die Mitgliederversammlung beschloss eine Satzungsänderung, die es erleichtert, Mitglied des Flüchtlingsrats e.V. zu werden. Auch ein reduzierter Mitgliedsbeitrag wurde eingeführt.

Landesaufnahmestelle mit Hygienesiegel

Der Flüchtlingsrat untersucht seit einigen Monaten die Aufnahmebedingungen in der Landesaufnahmestelle Karlsruhe im Rahmen des EFF-Projekts VIA. In diesem Zusammenhang ist auch eine umfangreiche Anfrage an das Regierungspräsidium Karlsruhe gerichtet worden, die soeben am 7.4. beantwortet wurde. Einen kleinen Auszug aus der Antwort wollen wir Ihnen nicht vorenthalten: "... zu 7. *Lebensbedingungen in der Aufnahmestelle / Essen: Die Verpflegung von 300 bis 600 Personen ist sowohl aus organisatorischen, wirtschaftlichen und auch hygienischen Gründen nur über Kantinenverpflegung möglich. Die Kantine ... wurde im vergangenen Jahr mit dem Hygienepreis der Stadt Karlsruhe ausgezeichnet. Für die Einschränkung der Menuauswahl sind ebenfalls organisatorische und wirtschaftliche Gründe maßgebend. Das Abendessen wird als Lunchpaket ausgegeben, damit die Asylsuchenden die Zeit nach dem Mittagessen zur freien Verfügung haben... Die durchschnittlichen Kosten für die Tagesverpflegung (Frühstück, Mittag-, Abendessen) liegen bei 5,03 Euro. Die absoluten Kosten für die Essensversorgung lagen im Jahr 2010 bei rund 800.000 Euro.*"

Save-Me-Kampagne: Auch Freiburg hat Ja gesagt

Am 15. Februar nahm der Freiburger Gemeinderat einstimmig den "Resettlement-Antrag" angenommen. Hier gibt es [weitere Infos und die Beschlussvorlage](#).

"Bleiben mit Arbeit" - neues ESF-Bleiberechtsprojekt am Bodensee

Auch in der Bodenseeregion gibt es eine Fortsetzung des bereits bestehenden Netzwerkprojekts zur arbeitsmarktlichen Integration von Flüchtlingen. Unter Leitung der bfz gGmbH Friedrichshafen beteiligen sich das DRK, Zukunft am Bodensee gGmbH, das Landratsamt Bodenseekreis, die AWO Konstanz und das Jobcenter Singen an Beratung, Qualifizierung und Jobvermittlung von Flüchtlingen. Mehr Infos: www.bleibenmitarbeit.de

Auch im Ländle hieß es: "Abolish!"

Eine neue Kampagne antirassistischer Gruppen richtet sich primär gegen die Diskriminierung von Flüchtlingen durch das Asylbewerberleistungsgesetz. Im Rahmen eines bundesweiten Aktionstags am 22. März gab es auch Veranstaltungen in Tübingen, Freiburg und Heidelberg. Auf der [zentralen Abolish-Kampagnenseite](#) gibt es den Überblick. In Tübingen werden bereits seit Anfang des Jahres ca. 1X im Monat die Esspakete aufgekauft und dann zu einem öffentlichen Essen verarbeitet, siehe hierzu die Informationen der [Aktion Asyl Tübingen](#).

Veröffentlichte Meinungen

- 05.2.2011, [Südkurier Konstanz: "Warengutscheine in der Kritik"](#) - In Konstanz gehen die Uhren schon anders. Hier wird auch gegen die Gutscheine im Rahmen des AsylbLG protestiert. Der Artikel arbeitet heraus, dass das "Bezahlen" mit Gutscheinen für die Flüchtlinge entwürdigend ist und der Verwaltungsaufwand das Sachleistungssystem teuer macht.
- 19.2.2011, Mein Backnang: ["Dankbarkeit als Antriebsfeder" \[pdf 591kb\]](#) - Reportage über Günther Flößer vom Arbeitskreis Asyl Backnang
- 03.3.2011, Rhein-Neckar-Zeitung, Heidelberg: ["700 Euro für eine sechsköpfige Familie" \[pdf 119 kb\]](#) -

Bericht über die Lebenssituation einer Flüchtlingsfamilie in Heidelberg, die vom Asylbewerberleistungsgesetz leben muss. Darstellung der Kritikpunkte und Klagen vor dem Sozialgericht gegen das Asylbewerberleistungsgesetz

- 03.3.2011, [Südwest Presse, Mössingen: "Frühstück im Freundeskreis"](#) - Bericht über einen neuen Asyl-AK in einer wiedereröffneten Unterkunft in Mössingen

- 12.3.2011, BNN Karlsruhe: ["Integration ist nicht erwünscht" \[pdf 400kb\]](#) - Über die Flüchtlingsarbeit des Karlsruher Freundeskreis Asyl.

- 23.3.2011, Südwest Presse, Göppingen: ["Ein Kämpfertyp fasst Fuß" \[pdf 556 kb\]](#) - Reportage über den vor vier Jahren abgeschobenen Ali Sapkiran, der legal zurückkehrte.

- 25.3.2011, Waiblinger Kreiszeitung: ["Ein Platz für die Ärmsten" \[pdf 424 kb\]](#) - Über das weltweite Schicksal von Flüchtlingen und die Save-Me-Initiative Waiblingen

- Hier finden Sie noch [verschiedene Presseberichte über den Umgang mit Flüchtlingen im Neckar-Odenwald-Kreis](#) aus den Monaten Februar und März 2011

- Und hier gibt es noch mehr [Presseberichte über die Aktionen während der Heinz-Ratz-Tour](#) (Heidelberg, Friedrichshafen, Reutlingen-Tübingen)

Wenn in Ihrer Lokalzeitung ein interessanter Artikel erscheint, den wir vorstellen oder verlinken sollen, dann schicken Sie uns [diesen bitte zu](#) (als Link, PDF oder Papierkopie). Wir lesen regelmäßig die Stuttgarter Zeitung und die Südwest Presse (Tübingen), für weitere Abos reichen Geld und Zeit nicht.

2. THEMEN & INFORMATIONEN

Aus Libyen und Lampedusa: Flüchtlinge aufnehmen!

Statt weiterer Darstellungen des aktuellen Trauerspiels europäischer Flüchtlingspolitik verweisen wir auf die Pro-Asyl-Aktion "Fluchtwege nach Europa öffnen - Flüchtlinge aufnehmen", bei der erst 7.000 Menschen unterschrieben haben. Da geht noch was! Für die trotzdem Wissbegierigen zu diesem Thema noch ein paar aktuelle Dokumente:

- 11. April Presseerklärung von Pro Asyl: [Europäisches Trauerspiel: Keine Solidarität bei der Flüchtlingsaufnahme](#)
- 12. April Presseerklärung von Pro Asyl: [EU: Frontex statt Flüchtlingsaufnahme](#)
- [Positionspapier der EKD und internationaler kirchlicher NGO](#) mit Plädoyer für Aufnahme von Flüchtlingen aus Libyen und neue EU-Politik
- 12.4.2011 - [SWR International: Europa, Menschenrechte und die Flüchtlinge - Gespräch mit Monika Lücke von Amnesty International](#) (sowie weitere Berichte)
und sicher finden Sie in jeder guten Zeitung und den Internetauftritten vieler Medien kritische Artikel
- auch zur deutschen Haltung

Pro Asyl fordert Abschiebestop und Kündigung des deutsch-syrischen Rückübernahmeabkommens

(Pressemitteilung 14.4.2011)

"Das Vorgehen syrischer Sicherheitskräfte gegen Menschenrechtler und Demonstranten verschärft sich Woche für Woche. Über 170 Menschen sollen seit Beginn der Proteste innerhalb weniger Wochen getötet worden sein. Doch die deutsche Kollaboration mit dem Assad-Regime, das seit Beginn seiner Existenz Zehntausende Menschenleben auf dem Gewissen hat, geht weiter. PRO ASYL fordert einen Abschiebestopp sowie die Beendigung deutsch-syrischer Zusammenarbeit im Rahmen des deutsch-syrischen Rückführungsabkommens und dessen Aufkündigung. Die Bundesländer können Syrien-Abschiebungen bereits zuvor in eigener Regie aussetzen..." [Weiter zur gesamten Pressemitteilung](#)

"Kinder-Bleiberechtsregelung" verabschiedet!

Der Bundestag hat am 17. März ein Gesetzespaket zum Aufenthaltsrecht verabschiedet, das neben der Einführung eines Straftatbestands der Zwangsverheiratung u.a. auch die geplante Bleiberechtsregelung für Jugendliche bringt. Auf Antrag der Regierungsfractionen gibt es nun einen neuen § 25a im Aufenthaltsgesetz, der die *"Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden"*

regelt. Demnach kann Jugendlichen mit einer Duldung, die sich sechs Jahre in Deutschland aufhalten und sechs Jahre erfolgreich die Schule besucht haben, eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Die Eltern können ebenfalls eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, wenn sie den Lebensunterhalt eigenständig durch Erwerbstätigkeit sichern können. Diese Regelung ist von vielen Seiten nicht nur als unzureichend beurteilt worden, sondern auch aus pädagogischen Gründen als sehr problematisch eingestuft worden. Es erzeugt starken Druck auf die Betroffenen, im Bildungssystem erfolgreich zu sein und es bringt Lehrkräfte in die Zwangslage, für oder gegen das Aufenthaltsrecht votieren zu müssen. Im Wortlaut:

- Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 13.1.2011, BT-Ds [17/4401](#)
- Auf Antrag von Union und FDP vorgenommene Änderungen vom 16.3.2011: [17/5093](#)

P.S. In einer Pressemitteilung vom 18. März begrüßt (Noch-)Landes-Integrationsbeauftragter Ulrich Goll das Gesetz zur Strafbarkeit von Zwangsverheiratungen. Die Bleiberechtsregelung ist ihm aber keine Silbe wert.

Berlin gewährt "Bildungspaket" für Flüchtlingskinder

der Berliner Senat hat am 5. April 2011 beschlossen, dass die Leistungen des neuen Hartz IV-Bildungspakets ohne Einschränkung auch für alle Asylbewerberkinder gewährt werden. [Der Senatsbeschluss zum Bildungspaket im Wortlaut](#) findet sich beim Flüchtlingsrat Berlin.

DIMR zu Abschiebungshaft

In einer Pressemitteilung vom 31. März fordert das Deutsche Institut für Menschenrechte Änderungen der Regelungen zur Abschiebungshaft und zur Inhaftierung von Minderjährigen. Es empfiehlt dem Gesetzgeber anlässlich des bevorstehenden Gesetzgebungsverfahrens zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der EU, die Regelungen zur Abschiebungshaft zu ändern. „*Der Gesetzgeber sollte die in Deutschland mögliche Haftdauer von 18 Monaten deutlich senken; zudem sollte er eine Regelung schaffen, welche die Anordnung von Abschiebungshaft gegenüber unbegleiteten Minderjährigen grundsätzlich untersagt*“, erklärte Direktorin Beate Rudolf. Im Wortlaut:

- [Pressemitteilung vom 31. März](#)
- Hendrik Cremer (2011): [Policy Paper "Abschiebungshaft und Menschenrechte. Zur Dauer der Haft und zur Inhaftierung von unbegleiteten Minderjährigen in Deutschland"](#)

NRW setzt Abschiebungen fort

Wie der Flüchtlingsrat NRW in einer Pressemitteilung vom 12. April mitteilte, setzt das Land NRW die Abschiebung von Roma, Ashkali und Ägyptern nach Auslaufen des "Wintererlasses" am 31. März fort: "*Bereits am 5. April sind Roma aus NRW nach Serbien abgeschoben worden, am heutigen Dienstag erfolgte ein Sammelflug nach Pristina (Kosovo).*" Betroffen waren rund 200 Menschen, vor allem Roma.

Roma-Projekt sucht Betroffene

Am 01. April startete das neue Roma-Projekt des Flüchtlingsrat Niedersachsen. Schwerpunkt ist die Recherche von Einzelfällen aus Serbien geflüchteter Roma. Vor dem Hintergrund offizieller Behauptungen, die Flüchtlinge aus Serbien seien durchweg Armutsfüchtlinge ohne Chance auf Asyl, wollen wir in Einzelfällen mit Blick auf die Fluchtgründe weiter recherchieren. Dazu bittet der Flüchtlingsrat NDS um die Vermittlung von Einzelfällen, in denen die Flüchtlinge Angriffe durch nationalistische Gruppen, Neonazis, Skinheads etc., Polizeigewalt oder Zwangsräumung durch die Behörden als Fluchtgründe vorbringen.

Kontakt: Bastian Wrede, Flüchtlingsrat Niedersachsen, Langer Garten 23 B, 31137 Hildesheim, Tel.: 05121/15605, Fax: 05121/31609, bw@nds-fluerat.org, www.nds-fluerat.org

Ausstellung zur Save-Me-Kampagne

Der Münchner Flüchtlingsrat hat vor kurzem seine umfangreiche und informative [Ausstellung zum Thema Resettlement, Aufnahme von Flüchtlingen und Save-Me-Kampagne online](#) gestellt.

Neue Dokumente und Materialien

- [AusgeLAGERT: Rundbrief der Landes-Flüchtlingsräte](#) zum Thema Lagerunterbringung von Flüchtlingen. Diese aktuell erschienene Broschüre kann über unsere Geschäftsstelle bestellt werden. An unsere Mitglieder und Fördermitglieder verschicken wir ihn mit dem Rundbrief des Flüchtlingsrats, kurz nach Ostern.
- [„Junge Asylsuchende/Flüchtlinge brauchen Zugang zu Bildung und Arbeit - Eine Handreichung für die Beratungspraxis“](#). Neue Veröffentlichung des Projektes "Sag Ja" des Caritasverbandes Osnabrück.
- **Menschen wie Menschen behandeln!** Der interkulturelle Rat in Deutschland und PRO ASYL fordern ein Ende der sozialen Ausgrenzung von Flüchtlingen: Ein [Aufruf an die Bundesregierung](#), eine [Broschüre](#) und ein [Flyer](#) können herunter geladen oder bei Pro Asyl bestellt werden. Der Flyer ist auch gratis beim Flüchtlingsrat (auch in größeren Mengen) bestellbar.
- Informationsverbund Asyl (Hg.): Sozialleistungen für MigrantInnen und Flüchtlinge. Beilage zum Asylmagazin 3/2011, siehe www.asyl.net
- [Georg Classen \(2011\): Das Asylbewerberleistungsgesetz und das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum](#). Stellungnahme zur Anhörung am 7.2.2011 im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestags. (60 S., herausgegeben vom Flüchtlingsrat Berlin und von Pro Asyl, als Druckfassung zu bestellen bei Pro Asyl)
- Borderline Europe (Hg.) (2011): Das EU-Grenzregime und seine tödlichen Folgen: die Situation an den Grenzabschnitten in Wort und Bild. [borderline-europe](http://borderline-europe.de), Menschenrechte ohne Grenzen e.V., R.-Breitscheid-Str. 164, 14482 Potsdam, tel/fax 0176 -4202 76 55. mail@borderline-europe.de. **Kosten:** 6.- € + Porto
- [Maria Bethke; Dominik Bender \(2011\): Zur Situation von Flüchtlingen in Italien](#). 36 Seiten, herausgegeben vom Flüchtlingsrat Berlin und von Pro Asyl, als Druckfassung zu bestellen bei Pro Asyl
- Memet Desde: Folter und Haft in der Türkei. Ein Deutscher in den Mühlen der Willkürjustiz. Karlsruhe, [von Loeper Literaturverlag](#), 180 Seiten
- Und hier noch der Link zum [Pro Asyl Newsletter Nr.168](#) (März 2011)

3. AKTUELLE TERMINE

10.4. bis 6.5.; Mo-So: 10-22, Tübingen, LTT-Foyer Eberhardstraße 6 (Karfreitag geschlossen)

"Bootsflüchtlinge" - Wanderausstellung von Amnesty International

gemeinsam für die Rechte von Flüchtlingen in Baden-Württemberg - Aktionen in den Landkreisen.

Detaillierte Informationen folgen bzw. erhältlich auf unserer [Kampagnen-Webseite](#)

Bereits feststehende Termine:

Mo, 2. Mai: Schwäbisch-Gmünd - Fachgespräch zur Situation der Flüchtlinge in S.G. mit Jutta Proks (Freie Wähler), Frau Veronika Gromann (Bündnis 90 / Die Grünen) und Bürgermeister und MdL Klaus Maier (SPD) sowie Vertreter/innen des Flüchtlingsrats und des AK Asyl S.G.

Di, 3. Mai: Hardheim (Neckar-Odenwaldkreis, noch in der Planung)

Sa, 7. Mai: Esslingen - Infostand am Fuchsbrunnen von 10.30 Uhr bis 14.00

Mi, 11. Mai: Göppingen - Aktion vor der GU Pappelallee ab 14.00 Uhr

Sa, 14. Mai: Kirchheim/Teck - Infostand in der Fußgängerzone ab 15.00 Uhr mit politischem und kulturellem Rahmenprogramm (u.a. 4,5 qm Zelt zum Thema Flüchtlingsunterbringung)

Sa, 14. Mai: Mannheim - Aufführung des Theaterstücks "Medea" in der GU Mannheim, Pyramidenweg 6

So, 15. Mai: Heilbronn - Besuch in der GU (noch in Planung)

So, 29. Mai: Tübingen - geplant: Essenskistenaktion

Mo, 30. Mai: Reutlingen - Aktion "Selbstbestimmung für alle", ab 11 Uhr vor der Citykirche, Nikolaiplatz

Do, 17. Juni: Holzbachtal / Enzkreis - Besuch mit Presse und Politikern (noch in Planung)

Do, 23. Juni: Witthoh, Landkreis Tuttlingen - Besuch mit Presse und Politikern (noch in Planung)

Fr, 24. Juni: Villingen-Schwenningen - Aktion in der GU

Sa, 25. Juni: Freiburg - Konzert mit Roma-Band, 20.00 Uhr.

Di, 17. Mai, 9.00, Diakonisches Werk, Heilbronnerstr. 180,

Fachtag für Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit (u.a. Asylbewerberleistungsgesetz, Dublin-II, Bleiberecht, neue Landesregierung etc.)

Nähere Informationen: Tel.: 0711-1656-280 oder E-Mail: parcetic.n@diakonie-wuerttemberg.de

Di, 17. Mai, 9.00, Stuttgart, SWR-Funkhaus, Studiosaal, Neckarstr. 230

12. Medienforum Migration. Veranstalter: Südwestrundfunk. Hier finden Sie das gesamte [Programm des Medienforums](#).

Sa, 16. Juli 9.30 - 17.00, Stuttgart, Friedensgemeindehaus, Schubartstr. 14

Plenum / Tagung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

Impressum

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Urbanstr. 44 - 70182 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Redaktion: Andreas Linder, Angelika von Loeper

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unser Website unter "[Archiv / E-Mail-News](#)" sowie viele weitere (aktuelle) Informationen.

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Wenn Sie uns als Mitglied oder SpenderIn (sofern Sie dies noch nicht sind) aktiv unterstützen wollen, finden Sie das entsprechende [Formular](#) ebenfalls auf unserer Website.

Dieser Newsletter erscheint mit Unterstützung von



Europäische Union
Europäischer Flüchtlingsfonds



UNO-Flüchtlingshilfe



Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Spende an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, BW Bank, BLZ 600 501 01, Kto: 35 17 930